



Auf dem Place Édouard-Herriot, direkt gegenüber der französischen Nationalversammlung, wird Politik zur Inszenierung. Aktivisten in weissen Kitteln reichen «Glypho Spritz» und «Néonicotinoïde Sunrise» – harmlose, eingefärbte Getränke mit provokativen Namen. Die symbolischen «Pestizid-Cocktails» sollen sichtbar machen, was nach Ansicht der Demonstrierenden unsichtbar bleibt: chemische Rückstände in Böden, Gewässern und Lebensmitteln. Im Zentrum der Auseinandersetzung steht ein Gesetzesvorhaben, das weit über agrarpolitische Detailfragen hinausweist – die sogenannte Loi Duplomb.

Benannt ist der Entwurf nach dem Senator Laurent Duplomb von den Les Républicains. Seit Wochen mobilisieren Umweltverbände, kleinere landwirtschaftliche Gewerkschaften und Gesundheitsinitiativen gegen das Vorhaben. Sie sehen darin einen Rückschritt im Umwelt- und Verbraucherschutz. Befürworter hingegen sprechen von einer überfälligen Korrektur regulatorischer Übertreibungen und einem notwendigen Schritt zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit französischer Landwirte.

Ein Gesetz im Kontext einer tiefen Agrarkrise

Die Loi Duplomb ist ohne den agrarpolitischen Hintergrund der Jahre 2024/25 nicht zu verstehen. Frankreichs Bauern gingen damals landesweit auf die Strasse. Sie protestierten gegen sinkende Einkommen, steigende Produktionskosten, bürokratische Auflagen und den wachsenden Druck durch internationale Konkurrenz. Traktoren blockierten Autobahnen, Präfekturen und Grossmärkte. Die Bilder erinnerten an frühere Krisenjahre, doch der Frust wirkte tiefer und struktureller.

Die französische Landwirtschaft steht seit Jahren unter erheblichem Anpassungsdruck. Einerseits verlangt die europäische Agrarpolitik Umweltauflagen, Biodiversitätsschutz und eine Reduktion des Pestizideinsatzes. Andererseits konkurrieren französische Produzenten mit Importen aus Ländern, in denen Produktionsstandards weniger streng sind. Diese Spannung hat sich durch steigende Energiepreise und globale Marktverwerfungen weiter verschärft.

Hier setzt die Loi Duplomb an. Sie sieht vor, bestimmte nationale Sonderregelungen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu lockern, Zulassungsverfahren zu beschleunigen und sogenannte «Übererfüllungen» europäischer Vorgaben – in Frankreich politisch besonders ausgeprägt – zurückzunehmen. Befürworter argumentieren, französische Landwirte dürften nicht länger mit strengeren Regeln arbeiten müssen als ihre europäischen Wettbewerber.



Das zentrale Argument lautet: Wer bestimmte Wirkstoffe im Inland verbietet, während sie in anderen EU-Staaten zugelassen bleiben, produziert eine Wettbewerbsverzerrung. Am Ende, so die Befürworter, würden Lebensmittel importiert, die mit genau jenen Substanzen behandelt wurden, die man in Frankreich aus Vorsorgegründen untersagt habe. Der nationale Sonderweg führe paradoxerweise nicht zu weniger, sondern zu verlagerten Risiken.

Gesundheit und Biodiversität als rote Linie

Für die Gegner des Gesetzes ist diese Argumentation zu kurz gegriffen. Sie verweisen auf eine breite wissenschaftliche Literatur, die Zusammenhänge zwischen bestimmten Pestiziden und schweren Erkrankungen nahelegt – von bestimmten Krebsarten über neurologische Störungen bis hin zu endokrinen Effekten. Frankreich hat in den vergangenen Jahren mehrfach über die Anerkennung von Berufskrankheiten im Zusammenhang mit Pestizidexposition debattiert.

Zudem steht die ökologische Dimension im Vordergrund. Der dramatische Rückgang von Insektenpopulationen, die Gefährdung von Bestäubern und die Erosion landwirtschaftlicher Biodiversität gelten als gut dokumentiert. Pestizide sind nach Einschätzung vieler Umweltforscher ein wesentlicher Treiber dieser Entwicklung – neben Habitatverlust und Klimawandel.

Organisationen wie Générations Futures sprechen deshalb von einer «historischen Regression». Sie sehen in der Loi Duplomb nicht bloss eine technische Anpassung, sondern eine politische Weichenstellung: Wettbewerbsfähigkeit werde gegen Gesundheits- und Umweltinteressen ausgespielt. Die symbolischen «Cocktails» vor der Nationalversammlung bringen diese Kritik zugespitzt auf den Punkt.

Symbolpolitik im politischen Herzen der Republik

Die Proteste konzentrieren sich bewusst auf die Machtzentren in Paris – Nationalversammlung, Senat, Landwirtschaftsministerium. Der öffentliche Raum wird zur Bühne, um einen zunächst technisch anmutenden Gesetzestext in eine gesellschaftliche Grundsatzfrage zu verwandeln.

Die Inszenierung folgt einer klaren Logik moderner Umweltbewegungen: Abstrakte Risiken werden konkretisiert. Pestizidrückstände sind unsichtbar, geruchlos, chemisch komplex.



Indem Aktivisten sie als vermeintliche Getränke darbieten, übersetzen sie wissenschaftliche Befunde in alltagsnahe Bilder. Die politische Wirkung solcher Aktionen liegt weniger in unmittelbaren Mehrheiten als in der Verschiebung der öffentlichen Wahrnehmung.

Frankreich verfügt über eine lange Tradition symbolischer Protestkultur. Von den Gelbwesten bis zu Rentenreformen wurde Paris immer wieder zum Schauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Der Streit um die Loi Duplomb reiht sich in diese Konfliktgeschichte ein, bleibt bislang jedoch vergleichsweise friedlich – und stark themenbezogen.

Ein Riss durch die Landwirtschaft

Bemerkenswert ist die Spaltung innerhalb der landwirtschaftlichen Interessenvertretung. Grosse Verbände und exportorientierte Betriebe unterstützen die Lockerungen. Für sie geht es um Erträge, Planungssicherheit und die Verteidigung von Marktanteilen – insbesondere im Getreide- und Zuckerrübenanbau.

Demgegenüber positionieren sich kleinere Gewerkschaften wie die Confédération paysanne kritisch. Sie argumentieren, das eigentliche Problem liege nicht im Mangel an Pflanzenschutzmitteln, sondern in einem Agrarmodell, das auf Mengenproduktion und Preisdruck beruhe. Wer die strukturellen Einkommensprobleme nicht angehe, löse mit chemischen Mitteln lediglich Symptome.

Diese Debatte berührt Grundfragen der französischen Landwirtschaft: Soll sie primär exportorientiert und produktivistisch bleiben – oder stärker auf Diversifizierung, regionale Kreisläufe und ökologische Standards setzen? Hinter der Auseinandersetzung um einzelne Wirkstoffe verbirgt sich somit ein Zielkonflikt über die strategische Ausrichtung des gesamten Sektors.

Europäische Dimension und nationale Identität

Die Diskussion ist zudem europapolitisch eingebettet. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU setzt Rahmenbedingungen, die von den Mitgliedstaaten unterschiedlich umgesetzt werden. Frankreich galt lange als Vorreiter bei Umweltauflagen. Die Rücknahme nationaler Verschärfungen könnte als Signal verstanden werden, dass wirtschaftlicher Druck ökologische Ambitionen relativiert.



Zugleich ist Landwirtschaft in Frankreich mehr als ein Wirtschaftssektor. Sie ist identitätsstiftend, historisch aufgeladen und politisch sensibel. Fragen der Ernährungssouveränität, des ländlichen Raums und der nationalen Tradition sind eng miteinander verwoben. Reformen werden daher nicht nur technisch, sondern symbolisch gelesen.

Der Konflikt um die Loi Duplomb verdeutlicht ein Dilemma, das viele europäische Staaten teilen: Die ökologische Transformation erfordert Anpassungen, die kurzfristig Kosten verursachen. Gleichzeitig stehen Regierungen unter dem Druck, soziale und ökonomische Stabilität zu gewährleisten. Politische Mehrheiten entstehen selten im luftleeren Raum; sie sind das Resultat konkurrierender Interessen und Narrative.

Ob das Gesetz in der vorliegenden Form Bestand haben wird, ist offen. Sicher ist jedoch, dass die Debatte die politische Agenda verändert hat. Ein vermeintlich spezialisiertes Agrargesetz ist zum Prüfstein für die Glaubwürdigkeit ökologischer Versprechen und für die Tragfähigkeit des französischen Agrarmodells geworden.

Auf dem Place Édouard-Herriot werden die Tische abgebaut, die Plakate zusammengerollt. Doch der Konflikt ist nicht beendet. Er steht exemplarisch für die Frage, wie Frankreich – und mit ihm Europa – den Ausgleich zwischen ökonomischem Realismus und ökologischer Verantwortung gestalten will. Die Antwort darauf wird nicht nur über Pflanzenschutzmittel entscheiden, sondern über die langfristige Legitimität politischer Steuerung in einer Zeit multipler Krisen.

Autor: P. Tiko